



Dass es um die **KSD**, die Informatikfirma von Kanton und Stadt Schaffhausen, nicht gut bestellt ist, wurde schon länger herumgereicht, seit Mittwoch weiss auch die **Öffentlichkeit** mehr – aber noch fehlen **wesentliche Antworten** zu den Fehlern und Versäumnissen, respektive deren **Schwere**: Analog zur Untersuchung der **Finanzkommission** in Sachen **Polizei 2017** wird das ganze Ausmass erst mit dem Bericht klar, dessen Herausgabe die SN bereits seit **Mitte August erfolglos** beantragt haben. Zu klären wird dann auch sein, ob mit der Information **bewusst bis nach den Wahlen** gewartet wurde oder nicht.

Auf der **Breite** will die Stadt Wohnraum schaffen, was sinnvoll erscheint, weil das Areal bestens erschlossen ist. Nach der Vernehmlassung gab die Stadt nun bekannt, **erhebliche Abstriche** beim Projekt vorzunehmen. Dass das Baureferat von seinen Plänen **besonders überzeugt** gewesen wäre, kann man angesichts der kampflosen Halbkapitulation kaum behaupten. **Geschmeidigkeit verhindert zwar Konflikte**, ist aber nicht umsonst: Wenn die Stadt auf der Breite zurückbuchstabiert, fliessen **weniger Erträge** in die Stadtkasse – ebene Stadtkasse, die an allen Ecken und Enden **üppige** Projekte der öffentlichen Hand stemmen soll. Schuldenwirtschaft beginnt immer mit viel Optimismus und endet – beim Staat – mit Steuererhöhungen.

Am Sonntag wird wieder **abgestimmt und gewählt**: Zwischenergebnisse und Reaktionen finden Sie ab **12 Uhr** auf www.shn.ch, erste Schlussresultate sind für den frühen Abend angekündigt worden.
rob (blanck@shn.ch)

Neue Köpfe, neue Ideen

Von Zeno Geisseler



«Schaffhausen braucht eine Vision. Aber die besten Vorschläge kommen nicht zwingend aus Kreativworkshops, die mit den immer gleichen Leuten besetzt sind.»

Schaffhausens als Musical-Standort ist nach einigen gescheiterten Anläufen heute kein Thema mehr.

Initiativen und Motionen sind mächtiger als Workshops

Und nun denkt die Region also abermals über die Zukunft nach. Sie muss dabei nicht bei null beginnen, sondern kann auf dem letzten Schlussbericht aufbauen. Ein gutes Steuerklima ist heute genauso wichtig wie vor zehn Jahren, die demografische Struktur ist nach wie vor ein Problem. Gewisse Verkehrsprobleme konnten in der Zwischenzeit entschärft werden (Halbstundentakt nach Zürich, Galgenbuck), andere harrten nach wie vor einer Lösung (bessere Verbindungen nach Basel, Umfahrungen ausserhalb des Kantons in Jestetten und Eglisau, Ausbau der A4).

Nur: Für diese Fragen braucht es eigentlich keine Kreativworkshops. Die Exekutiven von Kanton und Gemeinden sowie die Parlamente sind da schon dran. Sie machen in vielen Fällen gar nichts anderes, als sich über die Zukunft Gedanken zu machen, gerade auch in

sehr konkreten Fragen wie dem Verkehr, der Energie oder der Bevölkerungsentwicklung. Die Kantonsregierung legt ihre strategischen Ziele sogar ganz offiziell fest.

Auch das Volk kann sich mit unkonventionellen Vorschlägen einfach einbringen. Der Juso zum Beispiel gelang mit der Annahme ihrer Transparenzinitiative im Februar 2020 ein grosser Erfolg. Ideen wie die kostenlose Einführung des ÖV für Kinder unter 16 Jahren wiederum, die elektronische Unterzeichnung von Volksbegehren oder die Einführung vorfrankierter Stimmcouverts gelangten über Volksmotionen in die Parlamente.

Inhaltlich mag man über diese Begehren geteilter Meinung sein, die Beispiele aber zeigen, dass auch kleine Gruppen mit wenig Geld und ganz ohne Zukunftsworkshops ihre Ideen einbringen können. Zudem sind überwiesene Volksmotionen und angenommene Initiativen für den Staat verbindlich, Workshopbeschlüsse nicht. Die direkte Demokratie ist ein mächtiges Werkzeug.

Wenn nur fünf gute Ideen resultieren, hat sich alles schon gelohnt

Das heisst nicht, dass die Entwicklungsstrategie 2030 überflüssig wäre. Aber sie soll noch mehr als in früheren Jahren Ideen entwickeln, welche nicht schon auf der Hand liegen oder an denen gar bereits gearbeitet wird. In diesem Sinn wäre es zu begrüssen, wenn nicht bloss jene sich freiwillig zum Mitmachen melden, die sich bereits heute anderweitig Gehör verschaffen können, etwa in Politik und Wirtschaft. Es geht ja darum, neue Ansätze zu entwickeln und nicht einfach Altbekanntes auf eine weitere Plattform zu bringen.

Was genau am Ende das Resultat sein wird, wissen wir noch nicht. Aber wenn von hundert Vorschlägen auch nur zehn prüfenswert sind und vielleicht fünf davon richtig gut, dann hat sich der ganze Aufwand schon gelohnt.

Unglücklich kommuniziert

Von Isabel Heusser

Diese Woche wurde bekannt, dass der Kanton Schaffhausen eingangs Merishausertal einen Durchgangspfad für Schweizer Fahrende erstellen will. Die Suche nach einem passenden Standort hatte Jahre gedauert und erschwerte die Situation für Fahrende, die heute auf den Goodwill von privaten Landbesitzern oder Gemeinden angewiesen sind.

Fahrende sind in der Schweiz eine anerkannte Minderheit, und es ist an den Kantonen, ihnen Durchgangspfade zur Verfügung zu stellen. Die Initiative des Kantons ist deshalb erfreulich. Doch es regt sich bereits Widerstand. In der Nähe des geplanten Durchgangspfad baute Bauunternehmer Pius Zehnder die «Ziegelhütte» neu auf. Er befürchtet nun, dass sich künftige Gäste an den Fahrenden stören könnten.

Hier schwingen Vorurteile mit. Darum ein paar Fakten: Vorgesehen ist ein vergleichsweise kleiner Durchgangspfad mit zehn Stellplätzen, der sich nicht im Siedlungsgebiet befindet. Der Kanton rechnet damit, dass die Fahrenden nur wenige Tage im Jahr vor Ort sein werden. Die Fahrenden haben Rechte und Pflichten, etwa, was die Abfallentsorgung betrifft. Und auf dem Platz wird es eine sanitäre Anlage geben.

Im Wissen darum, dass Durchgangspfade in der Schweiz kontrovers diskutiert werden, ist der Kanton ungeschickt vorgegangen. Zehnder wurde erst vor Kurzem über die Pläne informiert. Und die Öffentlichkeit hat nur über den entsprechenden Posten im kantonalen Budget 2021 von der Erstellung des Platzes erfahren. Hier wäre eine aktive Informationspolitik angebracht gewesen. Transparenz gegenüber der Bevölkerung kann dazu beitragen, Vorbehalte abzubauen.

Mon Dieu Coffez zu den Herbstferien unter Corona-Bedingungen

